



Grüne Seiten

**Wahlzeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zur Kommunalwahl im Landkreis Alzey-Worms**

Juni 2004

Grüne Energie statt Stillstand

Die große Koalition lähmt die wichtigen politischen Entwicklungen

Von Klaus Becker

Mit großen Erwartungen und Vorschusslorbeeren der Lokalpresse ist die CDU/SPD-Koalition auf Kreisebene im Jahre 1994 angetreten. Nach 10 Jahren präsentiert sich eine ernüchternde Bilanz.

So ist die Verschuldung des Landkreises Alzey-Worms von 36 Mio. € seit 1994 auf rund 74 Mio. € gestiegen. Hinzu kommen noch einmal 19 Mio. € Schulden beim kreiseigenen Abfallwirtschaftsbetrieb. Mit einer Verschuldung von weit mehr als 600 € je Einwohner belegt der Landkreis den unrühmlichen Spitzenplatz als Rheinland-Pfalz-Meister im Schuldenmachen. Die Verschuldung ist auch hausgemacht, nämlich Ergebnis schlechten Wirtschaftens.

Es zeigt sich damit nicht nur die allgemeine Krise der Kommunalhaushalte, sondern auch das Unvermögen der großen Koalition auf die Krise angemessen und innovativ zu reagieren. Verschlafen wurde insbesondere eine Reorganisation der Verwaltung hin zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb.

Neue Steuerungsmodelle,



(c) www.gruene-service.de

die sich in anderen Kommunalverwaltungen bewährt haben, sind bei den Koalitionsfraktionen verpönt. Kundenorientierung, Vernetzung von Zuständigkeiten, Qualitätsmanagement, Controlling, Hilfeplanverfahren, Zielvereinbarungen und ein verwaltungsinternes Vorschlagswesen wären Grundlage für mehr Effizienz und

sparsameres Wirtschaften. Gerade in dem mit hohem Zuschussbedarf belasteten Sozialhaushalt wären neue Verwaltungsstrukturen und Arbeitsmethoden mit einem Einsparungsvolumen in Millionenhöhe verbunden gewesen. Im Gegensatz zu anderen Landkreisen wurde die Kooperation mit der Arbeitsverwaltung vernachlässigt.

Daher sind bei uns bis heute weder gemeinsame Anlaufstellen noch Jobcenter für Arbeit Suchende entstanden. Anstelle eines mit Arbeitsverwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wohlfahrtspflege abgestimmten lokalen Arbeitsmarktkonzepts wurde der inzwischen insolventen Firma Maatwerk ein bundesweites Spitzenhonorar von bis 8120 € pro Arbeitsvermittlung gezahlt.

Zum schlechten Wirtschaften der Koalition gesellt sich ihr Versagen auf ökologischem Gebiet. So wurden die Mittel für Naturschutz und Landschaftspflege dramatisch reduziert. Selbst eine positive Entwicklung im touristischen Bereich gerät in Gefahr, wenn das, was unser Naherholungsraum anzubieten hat, nicht systematisch gepflegt und ausgebaut wird.

Die vielfältigen Fördermöglichkeiten für erneuerbare Energien in Gewerbe und Privathaushalten wurden durch die Koalition nicht genutzt. So wurde ein Antrag der Bündnisgrünen für ein kommunales Solarprogramm abgelehnt, das die bereitste-

Fortsetzung Seite 4

**Grüne wollen:
Ein kommunales
Solarprogramm zum Ausbau
erneuerbare Energien
Verstärkte Förderung
von Naturschutz,
Landschaftspflege und
sanftem Tourismus**

**Grüne wollen:
Eine kommunale
Arbeitsmarktpolitik in
enger Kooperation mit
Arbeitsagentur, Wirtschaft,
Gewerkschaften und
Wohlfahrtsverbänden**

Sozialpolitik heißt Integration statt Ausgrenzung

Die Sozialpolitik im Landkreis Alzey-Worms folgt noch immer überholten Grundsätzen. Die Notlagen werden erhoben, geprüft und durch Beihilfen gleichzeitig gelindert und zementiert. Selten wird gefragt wie der Hilfesuchende in die Lebenslage gekommen ist, die ihn von Sozialleistung

gen abhängig macht. Kaum wird gefragt über welche Ressourcen er verfügt, die er entwickeln und einsetzen könnte um das Leben wieder aus eigener Kraft zu meistern. Einzig das seinerzeit von den Bündnisgrünen beantragte Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ hat zu Fortschritten

und Bewegung in der Sozialhilfepraxis geführt.

Sozialleistungsgewährung muss in Zukunft als Prozess verstanden werden und durch aktivierende und professionelle Hilfen Beitrag zur Integration leisten.

Der Landkreis als Sozialhilfeträger ist aufgefordert in

Verhandlungen mit der Arbeitsagentur und den Wohlfahrtsverbänden einzutreten, um in den neu zu schaffenden „Jobcentern“ eine zentrale Anlaufstelle mit umfassenden Angeboten auf der Grundlage von Eingliederungsplänen vorzubereiten.

Der Müll – Der Kreis – Der Skandal

Die (un)glaubliche Geschichte vom güldenem Koth / Eine wahre Begebenheit, berichtet von Elisabeth Kolb-Noack

Es war einmal ein Chemiker mit einem langem Bart, der wollte Industrieschlämme mit Zement verfestigen und als Dämmmaterial für Wohnzimmer verkaufen. Anfang der 90-er Jahre probierte er dies in Baden Württemberg aus. Im Ländle jedoch war man schlau und sagte: „So geht das aber nicht!“

Dann ging er eben nach Alzey und fand ein mittelständisches Unternehmen. Es gelang dem Chemiker und dem Unternehmen hiesige Kreispolitiker von der Müllmutationsanlage zu überzeugen. Die Firma BBI (oder so) stieg wie Phoenix aus der Asche. Die große Koalition war begeistert. Der Unternehmer schrieb an die Ministerin für Umwelt und Forsten, der Landkreis habe ein großes Interesse an der Andienung des im Landkreis anfallenden Hausmülls. Die Presse fotografierte die begeisterten Politiker auf der Anlage.

Aus der gesamten Bundesrepublik wurden Schlämme akquiriert. Aber dann kam unsere gute Aufsichtsbehörde und sagte: „Nein, Restmüll kann man nicht in Wohnzimmerwände umwandeln!“ „Oh, je! Wohin mit den Schlämmen aus dem Hamburger Hafen? Wohin mit dem Rest?“, dachte der Unternehmer. Die Firma BBI hatte nun ein logistisches und ein finanzielles Problem. Aber dann wurde aus der Firma BBI die Firma WBA (oder so) und die nannte nun das gleiche Produkt „blubberlitt“ oder so ähnlich. Das Verfahren war das gleiche. Schlämme wurden verbacken und nicht

Der Skandal – en gros

Die Kreisverwaltung sieht keine Schädigung, wenn 1000 Kubikmeter Sondermüll (z.B. Schlämme mit Zink, Kohlenwasserstoffen, Cyaniden, Ölen) einfach so im Weinbergsge-lände abgekippt werden. Wie wir am 28. Mai erfahren haben, legt die Kreisverwaltung Konzepte zur Abfallbeseitigung ohne vorherige demokratische Abstimmung im Werksausschuss oder auch Kreistag fest. Im Entwurf zum Abfallwirtschaftsplan Rheinland-Pfalz Teilplan Kommunale Abfallwirtschaft, Stand 23. Juni 2003 heißt es: **„Die Deponie Framersheim soll gemäß den ursprünglichen Planungen bis 2005 geschlossen werden.“**

In der Endfassung, die in den nächsten Tagen im Ausschuss des Landtages verabschiedet wird, heißt es jedoch: **„Die Deponie Framersheim soll gemäß den Planungen nach 2005 als Inertstoffdeponie genutzt werden.“**

(Inertstoffe = belasteter Bauschutt, Schlacke von Müllverbrennungsanlagen, gefährliche mineralische Abfälle in verfestigter Form.)

Wer oder was ist für diesen Beschluss verantwortlich? Wer oder was ist so mächtig und autoritär, dass er demokratische Verpflichtungen nicht mehr einhalten muss?

Im Kreistag lehnt man Konzepte zur Weiterführung der Deponie ab und hintenrum gibt man sogenannte Beschlüsse und Planungen an die Landesregierung weiter.

Die Müllgebühren werden in den nächsten Jahren drastisch erhöht werden müssen, da es noch die vertraglichen Verpflichtungen mit der Firma Müll Hinkel gibt und man nach der Kündigung vor einem Jahr diese Kündigung aus welchen Gründen auch immer wieder rückgängig gemacht hat.

mehr in Wohnzimmerwände, sondern zu Deponiewänden verwandelt. Der erste Probeversuch fand in Framersheim auf der Mülldeponie statt. Die Abdeckung ist stabil und ist von weitem zu sehen. Aber irgendwie klappte es dann doch nicht im Großbetrieb und es kam zum zweiten finanziellen Flop. So, aber was macht man mit den übrigen gehorteten Schlämmen? Ganz klar! Man steckt sie in ein großes weißes Zelt. Dort sieht sie niemand. Aber dort können sie nicht bleiben.

Stopp, da gibt es ja die nicht genehmigten Tongruben neben der Deponie in Framersheim. Saperlott, das wäre eine elegante Lösung. Den Grünen und anderen hatte man bereits 2002 gesagt, die Tongruben seien

genehmigt. Warum nicht eintausend Kubikmeter stark belastete Papierschlämme in die Tongruben abkippen? Wenn ein großes Müllauto 20 Kubikmeter aufnehmen kann, dann müssen nur 50 LKW runterfahren.

Wie viel LKW es wirklich waren, das muss nun der Staatsanwalt herausfinden, denn vorsorglich wurden die Schlämme noch mit Erde abgedeckt. Und diese Erde ist nun auch noch belastet. Die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Wollen Sie Bauschutt loswerden? Das ist ganz einfach. Es funktioniert wie im Märchen. Je größer die Menge, desto geringer die Wahrscheinlichkeit der Entdeckung. Eine der üblichen Übertreibungen von Kolb-Noack?

Aber nicht doch! Schauen Sie doch einmal in der Gemarkung *In den Rottern* nach. Auch ein Grabstein mit Inschrift liegt dort. Das ist was für die Ewigkeit!

Die Anzahl der LKW, die wild Bauschutt auf ein Feld kippten wird auf 50 bis 200 geschätzt!

Ach, da hätte ich fast noch etwas vergessen. Kontrolle auf der Deponie? Jawohl! Aber bitte nur im Eingangsbereich. Was hinten ausgekippt wird, unterliegt nicht der Kontrolle des Kreises. Wer blickt bei dem Gewirr schon durch? Sichtungsflächen zur Überprüfung, Stichproben, Controlling, Supervision, modernes Management?

„Liebe Gebührenzahler! Alles Schnick Schnack. Müll ist Müll und egal ist egal.“

„Ich will eine bessere, gerechte und aufrichtige Politik.“

Warum engagiere ich mich als Studiendirektorin, die sich viel lieber mit Ästhetik und Literatur beschäftigt, in der Abfallpolitik des Landkreises? Im Abfallbereich kann man zwar sehr viel Geld ver-

Die Rheinhessin

- geboren in Rheinhessen
- wohnt in Rheinhessen
- spricht rheinhessisch
- denkt rheinhessisch
- kocht rheinhessisch
- lebt in einem alten rheinhessischen Bauernhaus
- bewirtschaftet ihren Gemüsegarten nach alter rheinhessischer Tradition
- ihr Herz schlägt für Rheinhessen

dienen, aber politisch keine Karriere machen.

Warum mache ich das?

Weil ich eine Verantwortung für das Land habe, in dem ich lebe und weil ich Politikern nicht traue. Vor mir liegt ein Schreiben der Kreisverwaltung vom 24. 02. 2004, in dem es heißt: „Ich bedauere sehr, dass Sie nicht den Mut und den Anstand gefunden haben, Ihre unwahren Aus-

sagen öffentlich zurückzunehmen.“

Der jetzige Innenminister Zuber schrieb mir 1988 ich hätte als Bürgerin des Landes keinen Anspruch auf Einsichtnahme in den Planfeststellungsbescheid der Deponie. Der ehemalige Ministerpräsident Scharping nannte meine Aktivitäten in der Bürgerinitiative masochistisch. Die Presse schrieb von Bauchlandungen.

Heute kurz vor der Wahl haben wir einen der größten Umweltskandale im Landkreis. Der nachweislich erst durch Bündnis 90/Die Grünen aufgedeckt wurde. Der Landkreis schreibt jedoch offiziell, der Kreis sei nicht geschädigt worden.

Die große Koalition war arrogant in ihrer Macht. Demokratische Grundsätze wurden teilweise mit Füßen getreten. Anfragen wissentlich falsch beantwortet.

Wir Grünen im Kreistag haben auf allen Ebenen gekämpft. Sogar um Protokolle



Elisabeth Kolb-Noack – Kompetente Kandidatin

- unerschrocken
- unerbittlich und kompromisslos in der Abfallpolitik
- kritisch
- innovativ
- hohes Durchsetzungsvermögen
- vorausschauend
- teamfähig
- Pädagogin aus Leidenschaft

der Sitzungen.

Herr Görisch im Werksausschuss: „Wozu brauchen wir die Abfallbilanz des Landes Rheinland-Pfalz? Wir bringen

Die grüne Politikerin

- grüne Werte: Tradition und Fortschritt
- Schutz für Umwelt und Natur
- gerechte Gebühren in der Abfallpolitik
- Bildung für alle: gerecht und sozial
- neuer Führungsstil
- Wertschätzung des Disputes

unser Wissen mit!“

Die politischen Herausforderungen sind sehr groß. Leere Worte gab es genug in der Vergangenheit und wird es auch in der Zukunft geben. Demokratie lebt vom Diskurs von der Hoch- und Wertschätzung der anderen Meinung. Da muss zuerst einmal das Parteibuch zurückgesteckt werden.

Weil ich eine gerechte, eine bessere und eine aufrichtige Politik möchte, bewerbe ich mich als Landrätin.

**Grüne fordern:
Buslinie zwischen
östlichem Kreisgebiet und
Alzey einrichten**

Klaus Becker ist...



... 52 Jahre alt, gebürtiger Wiesbadener und wohnt in Bornheim. Er arbeitet als Diplom-Pädagoge in einer Erziehungsberatungsstelle. Er ist Vorsitzender der Arbeitslosen-Selbsthilfe Alzey-Worms, Gewerkschafter, Personalvertreter und Mitglied von Greenpeace und VCD. Bei den GRÜNEN ist er seit 1984. Er gehört dem Kreistag und verschiedenen Ausschüssen seit 1989 an; von 1994 bis 1999 Mitglied des VG-Rats Alzey-Land. Seit 1994 ist er Sprecher der Kreistagsfraktion. Kommunalpolitische Schwerpunkte sind Finanzen, Bürgerrechte, Sozial- und Jugendpolitik.

**Grüne fordern:
Bahnverbindungen Alzey-
Mainz und den Service
endlich verbessern**

Mehr Chancen für junge Menschen

Von Klaus Becker

Bedingt durch den seit Jahrzehnten anhaltenden Zuzug junger Familien aus den umliegenden Ballungsräumen ist der Landkreis Alzey-Worms ein vergleichsweise „jugendlicher“ Landkreis. Dieses Potential an jungen Menschen gilt es als Standortvorteil für die Zukunft zu nutzen. Die Jugend braucht deshalb eine planmäßige Förderung, die sich nicht auf den bedarfsgerechten Ausbau aller schulischen Angebote beschränken darf.

Wir setzen uns daher für eine **Weiterentwicklung der Kinderbetreuungseinrichtungen** ein, die den Kindern eine **umfassende Förderung** im Vorschulalter gewährleistet und den Eltern eine **bessere Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft** ermöglicht

(**Ganztagesbetreuung in Kindergärten und Schulen**). **Versorgungslücken bei Hort- und Krippenplätzen** müssen geschlossen werden. Der Einsatz **der Jugendverbände und der kommunalen Jugendpflege** beugt präventiv Fehlentwicklungen bei der sozialen Einbindung junger Menschen vor, schafft und fördert Kontakte und Engagement. Anstatt sie auszubauen hat der Landkreis in den letzten Jahren die Jugendpflege personell und finanziell gekürzt. Jugendfreizeiten wurden reduziert. Internationale Jugendbegegnungen finden schon lange nicht mehr statt. Die **offene Jugendarbeit** in der Ortsgemeinden gewinnt vor dem Hintergrund zunehmender Jugendprobleme (Jugendarbeitslosigkeit, Kriminalität, Drogen, Sekten, Neonazismus...) an Bedeu-

tung. Sie ist außerdem ein wichtiger Integrationsbaustein in den schnell wachsenden und sich verändernden ländlichen Gemeinwesen. Flankierend müssen örtliche **Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche** realisiert werden um ihnen eine Möglichkeit zu geben ihre Vorstellungen in praktische Politik vor Ort umzusetzen.

Die **Schulsozialarbeit** muss dringend ausgebaut und von den kommunalen Schulträgern unterstützt werden.

Die **Jugendarbeitslosigkeit** stellt ein ernstzunehmendes Problem dar. Neben den laufenden Angeboten der Schulen, der Arbeitsverwaltung und der Wohlfahrtspflege fordern wir **Ausbildungsverbünde**, die auch kleine und mittlere Unternehmen in die Lage versetzen zusätzliche Ausbildungsstellen bereitzustellen.

Und sie kandidieren für den Kreistag:

- 1) Kolb-Noack, Elisabeth, Lehrerin, Dittelsheim-Heßloch
- 2) Becker, Klaus, Diplom-Pädagoge, Bornheim
- 3) Wildner, Jürgen, Lehrkraft Eich
- 4) Pichl, Gustav, Kaufm. Angestellter, Eich
- 5) Neumann, Detlev, Journalist, Alzey
- 6) Thörle, Birgit, Hausfrau, Saulheim
- 7) Flegler, Sabine, Beamtin, Alzey
- 8) Schmitt-Tudesque, Andrée, Dozentin, Wörrstadt
- 9) Rothöhler, Hildegard, Lehrerin, Hamm
- 10) Selzer, Alice, Hausfrau Wöllstein
- 11) Bögelein, Bernhard, Angestellter, Saulheim
- 12) Schäfer, Karlheinz, Winzermeister, Armsheim
- 13) Schabedoth, Ulrich, selbständig, Flörsheim-Dalsheim

**Grüne wollen:
Den bedarfsgerechten
Ausbau gesamtschulischer
Angebote**

- 14) Hinkelmann, Jochen, Medienarchivar, Alzey
- 15) Opp, Angelika, Kaufmännische Angestellte, Flörsheim-Dalsheim



Auf den Plätzen 1-5 (v.l.n.r.): Gustav Pichl (4), Klaus Becker (2), Elisabeth Kolb-Noack (1), Detlev Neumann (5), Jürgen Wildner (3)

- 16) Schneider, Thomas, Handelsfachwirt, Alzey
- 17) Walther, Bernd, selbst. Handwerksmeister, Flörsheim-Dalsheim
- 18) Brehm, Gabriele, Diplom-Pädagogin, Wörrstadt
- 19) Schaab, Klaus, Pfarrer, Dittelsheim-Heßloch
- 20) Schmitt, Ruth, Techn. Angestellte, Saulheim
- 21) Eisold, Günter, Kommunikationsberater, Wallertheim
- 22) Nestmann, Ursula, Lehrerin, Alzey
- 23) Strickler, Friedhelm, Gärtnermeister, Alzey
- 24) Scholl, Harald, Winzer, Alzey
- 25) Schramm, Karin, Kriminalbeamtin, Wörrstadt
- 26) Gfrörer, Wolfgang, Rechtsanwalt, Wörrstadt
- 27) Mandler, Beate, Hausfrau, Alzey
- 28) Weber, Richard, Oberstudienrat i.R., Alzey
- 29) Selzer, Fred, Dipl.-Ing. (FH) Maschinenbau, Wöllstein
- 30) Dr. Hess, Eckehard, Studien-

- rat, Alzey
- 31) Barth, Karl Hans, Renter, Alzey
- 32) Maus, Hildegard Elisabeth, Rechtspflegerin, Alzey
- 33) Asmus, Dieter, techn. Angestellter, Alzey
- 34) Dr. Zettel, Jörg, Diplom-Informatiker, Mauchenheim
- 35) Hähn, Gisbert, Bauingenieur, Wörrstadt
- 36) Huber, Joachim M., Fotograf, Alzey
- 37) Stent, Martin, Techniker, Alzey
- 38) Neyer, Christoph, Ergotherapeut, Alzey
- 39) Tiedje, Hans-Peter, Hausmann, Alzey
- 40) Hinkelmann, Steffen, Polizeibeamter, Alzey
- 41) Gansloweit, Christian, Hausmann, Wörrstadt
- 42) Ruggaber, Karl Franz, Kaufmann, Geschäftsführer, Partenheim
- 43) Hartwich, Klaus, Lehrer, Alzey
- 44) Schuler, Thomas, Diplom-Physiker, Dittelsheim-Heßloch
- 45) Ehmig, Bernd, Gastronom, Flonheim
- 46) Heilmann, Johannes-Georg, Dipl.-Ing. Vermessung, Wörrstadt
- 47) Bayer-Flegler, Friedhelm, Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur, Alzey

Fortsetzung von Seite 1:

Grüne Energie statt Stillstand

henden Fördermittel für die Bürger und das Handwerk im Landkreis besser erschlossen hätte.

In der Abfallwirtschaft wurde mit dem Beschluss zur Müllverbrennung die große Bereitschaft der Bürger zu Müllvermeidung und Mülltrennung ausgehöhlt. Die Verwertungsquoten sind rückläufig. Die Verpflichtung zur Müllverbrennung trotz eines rechtsgültigen und langfristigen Vertrages mit dem derzeitigen Deponiebetreiber könnte dramatische Gebührenerhöhungen zur Folge haben.

Zukunftsfähige Vermeidungs- und Verwertungsstrategien in der Abfallwirtschaft des

Kreises fehlen. Auch für die künftige Nutzung der Framersheimer Deponie fehlt das Konzept; ein Mangel, der neue Begehrlichkeiten des Landes im Hinblick auf eine Sondernutzung der Deponie wecken könnte.

In der Schulentwicklung wurde der Elternwille hinsichtlich des Ausbaues gesamtschulischer Angebote aus ideologischen Gründen ignoriert. So muss die einzige Integrierte Gesamtschule im Kreis seit Jahren die Hälfte der angemeldeten Schüler abweisen. Mit dem jahrelangen Übergewicht der großen Koalition entwickelte sich zum Schaden der politischen Kultur eine Arroganz der Macht im Um-

gang mit den politischen Gegnern. So wurden die kleineren Fraktionen des Kreistages systematisch aus wichtigen Politikfeldern ausgegrenzt und ihre Informationsrechte eingeschränkt. Selbst um Haushaltsplanentwürfe zu den Etatberatungen muss mittlerweile gebettelt werden. Gegenüber Vorschlägen der anderen Fraktionen zeigten CDU und SPD eine bemerkenswerte Resistenz. Die Fähigkeit jeden Vorschlag niederstimmen zu können, verhindert in der Regel die lebendige Auseinandersetzung mit dessen Inhalt.

Fazit: 10 Jahre große Koalition sind genug. Sie haben den Landkreis Alzey-Worms in

seiner Entwicklung gelähmt und notwendige Reformen verhindert. Es ist an der Zeit für neue Mehrheiten. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN sind bereit Verantwortung zu übernehmen.



(c) www.gruene-service.de

Impressum:

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Alzey-Worms, Wächterspfad 13, 55232 Alzey

Verantwortlich: Klaus Becker, Bornheim. Redaktion: Detlev Neumann, Alzey. Eigendruck.

www.gruene-alzey-worms.de